



Internationale Politik unter Schwarz/Gelb: Einfallslos und rückwärtsgewandt

von **Dr. h.c. Gernot Erler** MdB,
 Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Interview

mit **Ulrich Post**,
 Vorsitzender des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO)

Atomare Anarchie versus atomwaffenfreie Welt: Zur Zukunft des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages

von **Dr. Rolf Mützenich** MdB,
 Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Umdenken !

Die Welt braucht die Finanztransaktionssteuer (FTS/FTT)

von **Dr. Ludger Reuke**,
 Entwicklungsreferent bei Germanwatch e. V.

„Eine Welt – ein Klima!“

Bundestreffen der Foren Eine Welt

19. - 20. März 2010

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn,
 u. a. mit **Heidemarie Wieczorek-Zeul** MdB, *Vorsitzende des Forums Eine Welt*,
Hannelore Kraft MdL, *Vorsitzende der NRWSPD und stellvertretende SPD-Vorsitzende*,
Ulrich Kelber MdB, *Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion*,
Dr. Sascha Raabe MdB, *Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*,
Dr. Bärbel Kofler MdB, *Stellvertretende entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion*,
 und **Renate Hendricks** MdL, *Entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion*

Programm und weitere Informationen finden Sie hier:

<http://www.forumeinewelt.de/forumeinewelt/pdf/Bundestreffen2010.pdf>

Forum Eine Welt Sachsen und Sachsen-Anhalt:

Herausforderungen sozialdemokratischer Friedenspolitik heute

11. Mai 2010 in Leipzig

u. a. mit **Daniela Kolbe** MdB, *Sprecherin des Forums Eine Welt für Sachsen*
 und **Heidemarie Wieczorek-Zeul** MdB

Forum Eine Welt Rheinland-Pfalz:

Herausforderungen sozialdemokratischer Friedenspolitik heute

25. Juni 2010, 17.00 - 19.00 Uhr in Mainz

u. a. mit **Norbert Neuser** MdEP, *Vorsitzender des Forums Eine Welt Rheinland-Pfalz*
 und **Heidemarie Wieczorek-Zeul** MdB



Internationale Politik unter Schwarz/Gelb: Einfallslos und rückwärtsgewandt

von **Dr. h.c. Gernot Erler** MdB,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Internationale Politik ist heute um ein Vielfaches komplexer als noch zu Zeiten des Kalten Krieges. Die SPD hat sich in den vergangenen elf Jahren ihrer Regierungszeit dieser Herausforderungen angenommen. Heidemarie Wieczorek-Zeul und Frank-Walter Steinmeier seien hier stellvertretend für diejenigen genannt, die diesen Prozess in Angriff genommen und organisiert haben.

Dabei ist eine Entwicklung unübersehbar: Die Trennlinien zwischen konservativer, liberaler und sozialdemokratischer Außenpolitik wird in Zukunft noch stärker an der Frage von sozialer Gerechtigkeit und globaler Teilhabe sowie an der Frage der Rolle des Staates und der Verrechtlichung internationaler Beziehungen verlaufen. Globale Zusammenhänge werden die Agenda der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik stärker denn je prägen: Die Entwicklung der Weltwirtschaft, die Verteilung und Sicherung der Ressourcen, eine zeitgemäße Klima- und Umweltpolitik, Probleme der Demografie und Migration sind nur einige Faktoren, die mehr und mehr an Bedeutung gewinnen werden.

Große sozioökonomische Unterschiede, aber auch bewaffnete Konflikte, ökologische Katastrophen und Ressourcenmangel werden die Migration in den Regionen des Südens, aber auch zwischen den reichen und armen Regionen verstärken. Die Erkenntnis, dass verbindliche globale Ordnungsrahmen und Regelwerke zur Zivilisierung der Beziehungen zwischen den Staaten beitragen, dass globale und regionale Kooperation nicht zu mehr, sondern zu weniger Komplexität führt, ist in unseren Reihen zwar Allgemeinut, nicht jedoch im politischen Lager von Schwarz/Gelb.

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP gibt auf die drängendsten Fragen, wie ich sie gerade angerissen habe, keine Antworten, sondern flüchtet sich bestenfalls in Allgemeinplätze. Dort, wo er etwas genauer wird, verheißt er jedoch häufig nichts Gutes. Ich werde dies im Folgenden anhand fünf konkreter Beispiele darstellen und zunächst einen kurzen Rückblick auf elf Jahre sozialdemokratische Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik werfen.

Zwischen 1998 und 2005 hat die rot-grüne Regierung wichtige Weichenstellungen getroffen. Erst aus den Balkankriegen heraus entstand eine wirkliche europäische Außen- und Sicherheitspolitik mit entsprechenden zivilen und militärischen Fähigkeiten, an deren Schaffung wir uns aktiv beteiligt haben. Als Antwort auf die Tragödie dieser Konflikte bekamen die Westbalkanstaaten 1999 auf deutsche Initiative hin zunächst den Stabilitätspakt. Im Juni 2003 erhielten sie auf dem Europäischen Rat von Thessaloniki dann eine verbindliche EU-Beitrittsperspektive. Das hat sich bis heute als europäische Friedenspolitik bewährt.



Bis heute gültig ist auch die wertebezogene europäische Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003, in die auch wichtige Prinzipien, die wir erarbeitet haben, eingegangen sind, und Rot-Grün hat in Deutschland viele Initiativen für eine präventive Friedenspolitik auf den Weg gebracht: zum Beispiel mit dem ZIF, dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, mit dem Aufbau des zivilen Friedensdienstes, mit dem Aktionsplan für zivile Krisenprävention, mit der Aufwertung der Menschenrechtspolitik, mit der Unterstützung der Vereinten Nationen und mit der Erweiterung der Entwicklungszusammenarbeit, die wir als globale Prävention verstehen. All das hat den Wechsel von 2005 in die Große Koalition schadlos überstanden und ist in den vergangenen vier Jahren weiterentwickelt worden. Daran anzuknüpfen, wäre eine sinnvolle und überzeugende Kontinuitätsentscheidung. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP wird aber leider gezeigt, dass die Koalition auf vielen Feldern einen Bruch mit dem bisherigen Grundkonsens vollziehen möchte. Das will ich hier an fünf konkreten Punkten aufzeigen:

Erstens: Abrüstung und Rüstungsexporte

Außenminister Westerwelle lässt keine Gelegenheit aus, sich als Bundesabrüstungsminister zu stilisieren. Nur geliefert hat er bisher nichts! Es reicht eben nicht aus, lautstark Initiativen zur Abrüstung anzukündigen, ohne konkrete Taten folgen zu lassen. In dem konkretesten Fall, dem Abzug von amerikanischen Atomwaffen, musste er teilweise schon wieder zurückrudern.

Auf dem Gebiet der Rüstungsexporte sind dagegen ganz andere Töne zu vernehmen. Im Koalitionsvertrag ist von „Harmonisierung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU“ und „fairen Wettbewerbsbedingungen in Europa“ die Rede. Übersetzt heißt dies nichts anderes als eine Absenkung der Standards, wie sie in den strengen Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 festgelegt sind. Wir werden nicht zulassen, dass im Schutz dieses Geräuschpegels die im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten in Deutschland besonders strengen Rüstungsexportrichtlinien lautlos verwässert werden. Wir werden keine Ruhe geben, bis die Koalition offen erklärt, welche Absicht sich hinter den harmlos klingenden Floskeln in Wahrheit verbirgt.

Zweitens: Entwicklungspolitik

In den Sonntagsreden der Kanzlerin und des Entwicklungshilfeministers hören wir immer wieder, das Thema sei nicht Nebensache, sondern Hauptsache. Das spiegelt sich nun leider weder in der Besetzung des Ministeriums noch im Koalitionsvertrag wider. Zwar lesen wir in dem Vertrag ein Bekenntnis allgemeiner Art zu dem europäischen 0,7-Prozent-Ziel. Das wird aber sofort mit der Einschränkung verbunden, man wolle sich diesem Ziel „verantwortlich im Rahmen des Bundeshaushaltes annähern“. Zudem wird im Koalitionsvertrag kein Zeitziel genannt. Auch das gemeinsame europäische 0,51-Prozent-Ziel für 2010 verfehlt Deutschland. Zu Recht hat erst kürzlich die OECD Deutschland dafür gerügt, die Zusagen vom G8-Gipfel in Gleneagles im Jahr 2005 nicht einzuhalten. Statt der versprochenen 14,4 Milliarden US-Dollar leiste Deutschland nur 11,3 Milliarden Dollar Hilfe. Was wird mit dem 0,7-Prozent-Ziel im Jahr 2015? Nach elf Jahren Kampf für die Erhöhung der ODA-Quote in der deutschen Politik klingt das nach einem kläglichen Abgesang. Das werden wir nicht hinnehmen. Kritisch zu bewerten ist auch, dass entwicklungspolitische Entscheidungen verstärkt die Interessen der deutschen Wirtschaft berücksichtigen sollen. Primäre Aufgabe der Entwicklungspolitik ist jedoch die Armutsbekämpfung und nicht die Außenwirtschaftsförderung.

Drittens: Parlamentsbeteiligungsgesetz

Die Koalition kündigt Änderungen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes und die Schaffung eines Vertrauensgremiums an. Das stützt sich auf die widerlegbare Behauptung, dass bei der jetzigen Regelung eine zeitnahe und ausreichende Information des Parlaments in bestimmten Fällen nicht gesichert ist. Tatsächlich hat es dafür hier bisher nicht ein einziges Beispiel in Form eines Problems ge-





ben. Die SPD warnt vor einer Aufweichung oder gar Demontage der Parlamentsrechte bei bewaffneten Auslandseinsätzen. Deutschland ist mit dem Parlamentsbeteiligungsgesetz bisher gut gefahren. Das ist ein Teil unserer politischen Kultur geworden. Deswegen werden wir an diesem Punkt nicht nur aufmerksam sein, sondern auch kämpfen.

Viertens: Menschenrechte

Der gesamte Komplex Menschenrechte ist so unverbindlich gehalten, dass besondere Akzente und Verpflichtungen von Koalitionsseite nicht erkennbar sind. Westerwelles Mantra von „werte- und interessegeleiteter Außenpolitik“ scheint sich immer mehr als eine Worthülse zu entpuppen, zumindest in Bezug auf die Werte. Mitunter hat man den Eindruck, dass verfolgte Christen durch Schwarz-Gelb mehr Aufmerksamkeit erfahren als Andersgläubige bzw. Menschen ohne Religionszugehörigkeit. Diese „Zwei-Klassen-Einteilung“ lehnen wir kategorisch ab. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie endlich Farbe bekennt, mit welchen Maßnahmen sie dazu beitragen will, die auch von ihr angeprangernten Missstände wie Menschenhandel, Kinderarbeit und Genitalverstümmelung zu bekämpfen.

Fünftens: EU-Erweiterungspolitik

Auf die friedenspolitische Bedeutung dieser Politik habe ich bereits hingewiesen. Im Koalitionsvertrag von 2005 hatte die CDU/CSU noch zugestimmt, Kroatien zu erwähnen und diese Perspektive ausdrücklich zu bestätigen. Ein solches Bekenntnis fehlt in auffälliger Weise im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, in dem lediglich von einer „Erweiterungspolitik mit Augenmaß“ gesprochen wird, ohne jeden Hinweis auf ein bestimmtes Land und ohne jede Bestätigung dieser wichtigen europäischen Perspektive. Das ist eine gefährliche Akzentverschiebung, die in den Balkanländern mit Sorge wahrgenommen wird. Die neue Bundesregierung trägt die volle Verantwortung für die Folgen für die Sicherheit auf dem Balkan, die sich daraus ergeben.

Auch auf anderen Gebieten hinterlassen die Koalitionsbeschlüsse einen faden Beigeschmack. So ist die geplante Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate weder sicherheitspolitisch begründet noch begründbar. Es ist ein fauler Kompromiss, der einen sinnvollen Dienst der Wehrpflichtigen in den Streitkräften nicht mehr ermöglicht. Stattdessen sollten die Strukturen der Bundeswehr so angepasst werden, dass zukünftig nur noch Freiwillige zum Grundwehrdienst eingezogen werden.

Ich stelle summierend fest: Es ist falsch, die politischen Richtlinien für deutsche Rüstungsexporte, die strenger als in unseren Nachbarstaaten sind, aufzuweichen. Es ist falsch, aus den europäischen Zielen zur Erhöhung der Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit in die Unverbindlichkeit zu flüchten. Es ist falsch, die Entscheidungsrechte des Deutschen Bundestages bei Auslandseinsätzen einzuschränken. Es ist falsch, Opfer von Menschenrechtsverletzungen anhand ihrer Religionszugehörigkeit zu klassifizieren. Es ist falsch, von der verbindlichen europäischen Perspektive für die Westbalkanstaaten abzurücken. Bei all diesen Punkten verlässt die Koalition den Grundkonsens in der Außen- und Sicherheitspolitik. Bei all diesen Punkten wird Schwarz-Gelb in der Sache daher bei uns auf engagierten Widerstand stoßen.



Interview

mit Ulrich Post,
dem neuen Vorsitzenden des Verbands Entwicklungspolitik
deutscher Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO)

Nord-Süd Info-Dienst: *Erst einmal herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl zum Vorsitzenden von VENRO. Welche Schwerpunkte werden Sie als Vorsitzender (zusammen mit dem Vorstand von VENRO) in den nächsten Jahren? In welchen Bereichen dürfen wir Kontinuität und wo gegebenenfalls Neuerungen erwarten?*

Ulrich Post: VENRO war vor der Wahl des jetzigen Vorstands bereits ein gut geführter Verband. Insofern wird es in vielen Bereichen Kontinuität geben. Allerdings verändert sich die Welt um uns herum; diese Veränderungen verlangen an der ein oder anderen Stelle auch nach neuen Schwerpunktsetzungen. Ich nenne mal ein Beispiel: Innerhalb der Bundesregierung vergeben 15 Ressorts offizielle Entwicklungshilfe – ohne Koordination, ohne gemeinsame Standards. Das möchten wir ändern. Zusätzlich zu den entwicklungspolitischen Themensetzungen wollen wir unsere 120 Mitglieder auch organisationspolitisch unterstützen. Etwa dabei, die hohen Erwartungen und gestiegenen Anforderungen von öffentlichen Gebern, Spenderinnen und Spendern und auch der Medien zu erfüllen.

Nord-Süd Info-Dienst: *Zehn Jahre nach der Unterzeichnung der historischen Erklärung der Millenniums-Entwicklungsziele – an der Zwei-Drittel-Wegmarke zwischen 2000 und 2015 – werden die Vereinten Nationen im September Bilanz ziehen. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat die Staats- und Regierungschefs zu dem Gipfel mit den Worten eingeladen: „The MDGs are too big to fail. We are ready to act, ready to deliver, and ready to make 2010 a year of results for people“. Was erwarten Sie von dem Gipfel?*

Ulrich Post: Ich wünschte, ich könnte sagen, dass ich große Hoffnungen an den Gipfel habe – so es denn überhaupt ein Gipfel wird. Aber wenn wir unsere Regierungen so weitermachen lassen wie bisher, dann kommt es bestenfalls zu einer Bekräftigung der MDGs. Um mehr zu erreichen, müssen wir als NRO gemeinsam mit Verbündeten Druck auf unsere Regierungen machen, damit sie sich bereit erklären zu einer neuen Kraftanstrengung, um die MDGs wieder auf die Spur zu bringen und sich zu überlegen, wie es weitergehen soll nach 2015. VENRO und seine Mitglieder werden sich da einiges einfallen lassen: We are also ready to act.

Nord-Süd Info-Dienst: *Armut bekämpfen – auf dieses Ziel werden sich alle einigen können. Aber die Frage, wie Entwicklung zu finanzieren ist, erscheint umstrittener denn je. Expecten Sie von der MDG-Konferenz in dieser Frage neue und verbindliche Zusagen?*



Ulrich Post: Ehrlich gesagt: nein. Das hat mit vier Entwicklungen zu tun: Erstens ist es noch nicht zum Allgemeingut der Politik geworden, dass globale Armut in diesem Ausmaß ebenso systemrelevant ist wie die Bankenkrise. Zweitens erfahren innovative Finanzierungsinstrumente wie die Finanztransaktionssteuer zuwenig Unterstützung aus dem politischen Raum – insbesondere nach der Einführung einer Bankenabgabe durch die US-Regierung. Drittens gibt es teilweise wenig Vertrauen in die Regierungen von Entwicklungsländern, was den transparenten Umgang mit Geld angeht – ein Gefühl übrigens, das uns als NRO auch nicht fremd ist. Und viertens habe ich den Eindruck, dass viele Regierungen in Nord und Süd die MDGs jetzt als Thema 2.Klasse betrachten, so eine Art Modeerscheinung, die jetzt keine Priorität mehr besitzt. Das kennen wir ja schon aus der Entwicklungspolitik.

Sie sehen, wie zahlreich und wie groß die Baustellen sind, an denen wir arbeiten. Um wirksam Einfluss auszuüben, müssen wir uns deshalb auf einige wenige Baustellen konzentrieren.

Nord-Süd Info-Dienst: *Ein andere große Baustelle: Klimawandel und Entwicklung. Die Beiträge der Industrienationen für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern sollen laut Bundesminister Niebel nicht mehr zusätzlich zum 0,7-Prozent-Ziel zum Erreichen der Millenniumsziele bereitgestellt werden, sondern angerechnet werden. Wie bewerten Sie diese Ankündigung nach dem Scheitern der UN-Klima-Konferenz in Kopenhagen. Die Kopenhagener Verhandlungen hatten ja deutlich gezeigt, dass nicht alle Länder ihr Recht auf Entwicklung gewahrt sehen.*

Ulrich Post: Wir halten das für eine Entscheidung, für die sich die Regierung eines immer noch reichen Landes schämen sollte. Klimafinanzierung für Entwicklungsländer ist Wiedergutmachung durch die Verursacher. Das hat erst einmal nichts mit Entwicklungszusammenarbeit zu tun. Ich bezweifle aber, dass die vorherige Regierung das zufriedenstellender gelöst hätte.

Nord-Süd Info-Dienst: *Auch bei der zivil-militärischen Kooperation in Afghanistan wurde von Entwicklungsminister Niebel der Vorstoß unternommen, finanzielle Zusagen für Hilfsorganisationen in Afghanistan an ihre Bereitschaft zur Kooperation mit der Bundeswehr zu knüpfen. Können die Hilfswerke in einer solchen Situation von der afghanischen Bevölkerung noch als unabhängig und unparteiisch wahrgenommen werden?*

Ulrich Post: Nein, natürlich nicht. Wir halten dieses Junktim auch für grundverkehrt, weil seine Auswirkungen unsere lokalen und internationalen Mitarbeiter gefährden. Ich unterstelle aber mal, dass es revidiert werden wird, sobald der Minister mit den Zuständigen im BMZ, mit der Bundeswehr und mit den betroffenen NRO gesprochen hat.

Nord-Süd Info-Dienst: *Eine weitere neue Schwerpunktsetzung des Ministers ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit und dabei, wie manche vermuten, die Förderung der deutschen Wirtschaft. Was bedeutet dieser Schwerpunkt für die Verwendung der Entwicklungsgelder? Und als Nicht-Wirtschaftsakteur, welche Rolle können entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisationen bei einer solchen Schwerpunktsetzung spielen?*

Ulrich Post: Es gibt für mich keinen Zweifel daran, dass die Volkswirtschaften insbesondere der armen Entwicklungsländer gestärkt werden müssen – gerne auch ein lokales verantwortungsbewusstes Unternehmertum, das sich nachhaltigem Wirtschaften verpflichtet fühlt. Wenn die deutsche EZ dazu einen Beitrag leistet, muss das nicht verkehrt sein. Wenn es allerdings darum geht, Absatzmärkte für die deutsche Exportwirtschaft zu schaffen oder auf verkapptem Wege Lieferbindungen einzuführen, dann wird das auf unseren entschiedenen Widerspruch treffen. Das ist nicht die Aufgabe der EZ. Hilfe zur Selbsthilfe bekäme so eine völlig neue Bedeutung.



Für die NRO und ihre Partner bleibt es eine wichtige Aufgabe, arme und benachteiligte Menschen in politische, soziale, aber eben auch wirtschaftliche Entscheidungsprozesse vor Ort zu integrieren. Insofern sehe ich NRO durchaus auch als Akteure im Wirtschaftsprozess, wenn auch nicht als profitorientierte, sondern als gemeinwohlorientierte.

Nord-Süd Info-Dienst: *Welche weiteren Themen beschäftigen die Zivilgesellschaft? Was müsste die Politik Ihrer Ansicht nach noch aufgreifen?*

Ulrich Post: Um das alles aufzuzählen – dazu reicht die Zeit unseres Gespräches nicht. Nur ein paar Stichworte: Der Bundestag muss in der Entwicklungspolitik eine größere Rolle als bisher spielen, das gibt ihr eine höhere Legitimität. Bei der Fusion der TZ-Vorfeldorganisationen muss man sehr genau beobachten, dass die NRO-Interessen nicht unter den Tisch fallen. NRO sind Mitgesellschafter des DED und sie tragen Programme mit wie z.B. „weltwärts“. Ein großes Thema werden Kohärenz und Koordination in der deutschen Politik gegenüber den Entwicklungsländern bleiben, ebenso wie die Debatte über die Wirksamkeit der EZ.

Es wäre aber falsch, wenn die NRO nur auf die Politik starren würden. Natürlich ist das eine wichtige Aufgabe von VENRO, der wir uns auch stellen werden. Aber wir müssen auch daran arbeiten, unsere eigene Arbeit zu verbessern. Wenn wir besser werden und die Wirkungen unserer Arbeit besser nachweisen und die Menschen in unserem eigenen Land damit überzeugen und begeistern können, erst dann haben wir einen wirklich guten Job gemacht.

Nord-Süd Info-Dienst: *Herr Post, herzlichen Dank für dieses Interview und alles Gute für Ihre weitere Arbeit an der Spitze von VENRO.*





Atomare Anarchie versus atomwaffenfreie Welt: Zur Zukunft des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages

von **Dr. Rolf Mützenich** MdB,
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Vor 40 Jahren trat der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NVV) in Kraft. Seitdem ist der Atomwaffensperrvertrag der Eckpfeiler der weltweiten Bemühungen, die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und die nukleare Abrüstung zu stärken. Trotz aller Defizite und Schwächen hat der Nichtverbreitungsvertrag wesentlich zur Eindämmung der nuklearen Proliferation beigetragen. Gleichzeitig stellte er sicher, dass die Mitgliedstaaten unter Kontrolle und Aufsicht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) die nuklearen Technologien für zivile Zwecke nutzen konnten und gab den Staaten ein Sicherheitsgefühl in Bezug auf die Kapazitäten ihrer Nachbarn.

Bei aller Kritik hat der NVV immerhin erreicht, dass die Zahl der Atomkräfte die Zehnermarke bis heute nicht überschritten hat. Nur Indien, Pakistan und Israel befinden sich außerhalb des globalen Nichtverbreitungsregimes – Nordkorea hat seinen Austritt erklärt. Demgegenüber haben unter anderem die Ukraine, Belarus, Kasachstan, Südafrika, Brasilien, Argentinien, Taiwan und zuletzt Libyen ihre nuklearen Waffenprogramme beendet bzw. darauf verzichtet solche zu entwickeln. Dennoch: Noch immer bedrohen mehr als 20.000 Nuklearwaffen die Menschheit und 40 weitere Länder verfügen über eine ausreichende Infrastruktur, um sich eigene Arsenale aufzubauen. Und nach Nordkorea scheint nun auch Iran nach der Bombe zu greifen. Es mangelt also beileibe nicht an Herausforderungen für das globale Nichtverbreitungsregime.

Ziel der NVV-Überprüfungskonferenzen ist es, Fortschritte bei der Umsetzung des Vertrags zu dokumentieren, weitere Schritte festzulegen und den Vertrag für aktuelle Herausforderungen zu stärken, indem Regelungslücken, etwa bei der Verifizierbarkeit oder dem Kündigungsmechanismus, geschlossen werden. Während der letzten Überprüfungskonferenz vom 2. bis 27. Mai 2005 in New York verhinderten die zu weit auseinander liegenden Interessen der Mitgliedstaaten (Nichtverbreitung versus nukleare Abrüstung) die Einigung auf ein substantielles Abschlussdokument. Damit wurde eine wichtige Chance vertan, konkrete Zwischenziele für weitere Abrüstung und Nichtverbreitung zu vereinbaren.

Die Überprüfungskonferenz 2010 muss deshalb ein Erfolg werden. Das Debakel der letzten Konferenz im Jahr 2005 darf sich nicht wiederholen, zumal sich kritische Mitgliedstaaten diesmal kaum nicht mit unverbindlichen Absichtserklärungen zufrieden geben werden – zu gut erinnern sie sich an die weitreichenden Zusagen der Überprüfungskonferenzen 1995 und 2000, von denen dann 2005 keine Rede mehr war. Ein erneutes Scheitern würde der Legitimität des NVV schweren Schaden zufügen.



Das Jahr 2010 ist somit für die nukleare Abrüstung von entscheidender Bedeutung. Bis zur New Yorker Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags im Mai 2010 müssen die Atommächte zeigen, dass sie ihre Abrüstungsverpflichtung aus Artikel VI Ernst nehmen. Immerhin beruht der weltweite Konsens über das Fortbestehen des nuklearen Nichtverbreitungssystems darauf, dass die Kernwaffenstaaten ihr Privileg nicht als dauerhaft ansehen und in letzter Konsequenz nuklear abrüsten. Es gilt, die unkontrollierte Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern.

Mit dem Amtsantritt von Barack Obama bietet sich ein Fenster der Gelegenheit. Das offenbar kurz vor Abschluss stehende START-Nachfolgeabkommen wäre ein wichtiges Zeichen dafür, dass die beiden Atomweltmächte ihrer Abrüstungsverpflichtung nachkommen. Auch wenn die Fertigstellung des Vertrages angeblich nur reine Formsache ist, bleibt eine Ratifizierung noch vor der Konferenz eher unwahrscheinlich. Es wäre jedoch ein wichtiges Signal, wenn der Vertragstext bis dahin vorliegen würde. Mit Spannung wird auch die sogenannten „Nuclear Posture Review“ erwartet, mit der die US-Atomstrategie für die nächsten fünf bis 10 Jahre festgelegt wird. In dem Dokument, das Anfang März vorliegen soll, wird die Rolle von Atomwaffen für die US-Verteidigungspolitik beschrieben. Ob sich dabei die nuklearen Abrüstungsbefürworter, die erste Erfolge auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt erzielen wollen, oder die Befürworter einer nuklearen Modernisierung, die argumentieren, weitere Abrüstungsschritte seien nur möglich, wenn das Nuklearwaffenpotential der USA konsequent modernisiert werde, durchsetzen werden, ist offen. Unmittelbar vor der Überprüfungskonferenz lädt Obama zudem zu einem Gipfel zur nuklearen Sicherheit ein, der vom 12. bis 13. April in Washington stattfinden wird. An möglichen Impulsen für eine erfolgreiche Überprüfungskonferenz mangelt es also nicht.

Erwartungen an die Überprüfungskonferenz

Auch wenn die Ausgangslage für die bevorstehende Überprüfungskonferenz so günstig wie schon lange nicht mehr ist, sollte man vor zu großen Erwartungen warnen. Es wäre bereits ein Erfolg, wenn alle Beteiligten sich auf die drei Säulen des Nichtverbreitungsvertrags – Nichtverbreitung, nukleare Abrüstung und friedliche Nutzung der Kernenergie – sowie eine Aktualisierung der im Jahr 2000 vereinbarten dreizehn Schritte einigen könnten. Darüber hinaus wäre eine Stärkung von Artikel 10 begrüßenswert, die es Ländern erschweren würde, aus dem Vertrag auszusteigen.

Ein wichtiges Signal wäre eine von den Atommächten verabschiedete Doktrin des Verzichts auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und der Beschränkung auf die Abschreckung. Eine solche Politik hätte sowohl eine positive Wirkung auf die Atommächte selbst, wie auf die Beziehungen der Atommächte untereinander und das gesamte Nichtverbreitungsregime. Es gibt durchaus Anzeichen dafür, dass eine solche Doktrin im Bereich des Möglichen liegt, auch wenn von den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bisher allein China den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen erklärt hat, und von den anderen Atommächten bislang nur Indien diesem Beispiel gefolgt ist.

Ebenso sollte über eine Fortentwicklung des Kündigungsrechts des NVV verhandelt werden. Es gibt hier u.a. den Vorschlag, dass eine Kündigung des Atomwaffensperrvertrages künftig eine internationale Konferenz voraussetzt, die Raum für Diplomatie schafft und als Stolperdraht fungiert: Wer sich dem Kontrollregime ohne eine solche Konferenz entzöge, wäre automatisch ein Fall für den UN-Sicherheitsrat. Wenn sich die Konferenz auf ein Abschlussdokument und einen Arbeitsplan einigen sollte, müssen weitere wichtige Schritte folgen: Hierzu gehören der wirksame Ausbau der Verifikations- und Durchsetzungsinstrumente für eine erfolgreiche Proliferationsbekämpfung, Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung, die Vermeidung von Doppelstandards bei der Proliferationsbekämpfung, die Universalisierung des IAEA-Zusatzprotokolls, proliferationsresistente Lösungen zur friedlichen Nutzung





der Kernenergie, Stärkung der Sicherung von Nuklearwaffen und Nuklearmaterial vor terroristischem Zugriff, Stärkung der Rolle des VN-Sicherheitsrats bei der Vertragsdurchsetzung sowie die Überwindung des Stillstands in der Genfer Abrüstungskonferenz. Von zentraler Bedeutung für die konkrete Umsetzung des Nichtverbreitungsregimes ist zweifellos die Arbeit der IAEA in Wien. Ihre Arbeit muss dringend gestärkt und verbessert werden, insbesondere durch Zeichnung und Anwendung des von der Agentur entwickelten Zusatzprotokolls durch möglichst alle Vertragsstaaten. Leider hat etwa die Hälfte der NVV-Vertragsstaaten das Zusatzprotokoll noch nicht in Kraft gesetzt; diese Länder müssen von einem Beitritt überzeugt werden.

Der NVV bleibt auch im 21. Jahrhundert das Fundament der nuklearen Nichtverbreitung und wichtigste Berufungsgrundlage für weitere Abrüstungsschritte mit dem Ziel der endgültigen Abschaffung der Kernwaffen. Gelingt es der NVV-Überprüfungskonferenz 2010, sich auf ein substanzielles Abschlussdokument zu einigen, wäre dies ein Signal, dass der kooperativen Rüstungskontrolle bei der Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen weiterhin eine wesentliche Bedeutung zukommt. Ein Erfolg in New York ist von elementarer Bedeutung für das Überleben des nuklearen Nichtverbreitungsregimes.



Umdenken ! Die Welt braucht die Finanztransaktionssteuer (FTS/FTT)

von Dr. Ludger Reuke,
Entwicklungsreferent bei Germanwatch e. V.

„Umdenken!“, fordern Seher und Propheten in den verschiedenen Regionen und Religionen der Erde seit Jahrtausenden immer wieder - meist vergeblich.

„Umdenken!“, fordern weitsichtige Denker und Philosophen auch heute noch und „Umdenken!“ fordern in und nach Krisen häufig auch nüchterne Ökonomen, manchmal sogar Politiker.

Aber „Umdenken“, „Neu Denken“ oder „Anders Denken“ ist mühsam; mühsam nicht nur für verbohrt einfache Gemüter, sondern auch für gut informierte aufgeschlossene Menschen, die sich durch Zuhören und Lesen, durch Denken, Abwägen und Gedankenaustausch eine fundierte Meinung zu Grundfragen des Lebens gebildet haben. Schließlich kann man nicht jeden Tag immer wieder neu denken; Entscheidungen können nicht Tag für Tag umgestoßen werden. Man würde zum „Schilfrohr im Wind“.

Wenn sich Meinungen jedoch so verfestigt haben, dass sie den Charakter von Glaubenssätzen annehmen, die nicht mehr begründet werden müssen, sondern als ewig gültig angesehen werden, dann ist neues Nachdenken dringend geboten. Die Forderung umzudenken kann für den Fordernden allerdings gefährlich sein. Er wird in heutigen Demokratien zwar nicht mehr enthauptet wie seinerzeit Johannes der Täufer, aber die Gefahr, als Spinner oder Querulant verleumdet, als Phantast oder Träumer belächelt zu werden, ist groß.

Tobin und Spahn

So erging es - um endlich zum engeren Thema zu kommen - dem amerikanischen Ökonomen James Tobin, als er 1978 seinen „Vorschlag zu einer Internationalen Finanzreform“ vorlegte, den Vorschlag, eine Devisentransaktionssteuer einzuführen. Als der Versuch, den Vorschlag ins Lächerliche zu ziehen, gescheitert war, als er sogar zu einer Gesetzesinitiative in der französischen Nationalversammlung geführt hatte, wurde der Vorschlag von seinen mächtigen Gegnern - auch in Deutschland - als „undurchführbar“ abgestempelt (und wenn doch, dann nur durch die Schaffung eines internationalen „bürokratischen Monstrums“). Die Diskussion unter Finanz- und Wirtschaftswissenschaftlern ging zwar weiter, aber in der Politik lief sie sich tot, obwohl der Frankfurter Wirtschaftswissenschaftler Paul Bernd Spahn im Januar 2002 in einer Studie für das BMZ detailliert dargelegt hatte, dass die Tobin-Steuer „machbar“ sei. Trotz rot-grüner Mehrheit kam es nicht zu einer Umsetzung. Die Zeit für das erforderliche Umdenken war offensichtlich noch nicht reif, auch nicht bei allen Führungskräften in der SPD.



Der heilsame(?) Schock

Der Kairos, der richtige Zeitpunkt, war erst gekommen, als 2007/2008 die Finanz- und Wirtschaftskrise über uns hereinbrach, die sich seit längerem ankündigende Klimakatastrophe immer bedrohlicher wurde, die Bedrohung unserer Sicherheit durch den internationalen Terrorismus fort dauerte und für die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder auch noch die Ernährungskrise hinzukam, welche die Zahl der im Elend lebenden Menschen innerhalb kürzester Zeit noch einmal um etwa 100 Mio. vergrößerte. Als dann klar wurde, welche zerstörerische, manchmal kriminelle Energie die nichtregulierten Finanzmärkte entwickelt hatten, war der Boden bereitet nicht nur für eine Wiederaufnahme der Forderung nach einer (sachlich eingegrenzten) Devisen- sondern darüber hinaus zu einer umfassenden Finanztransaktionssteuer.

Die FTT-Debatte

Das Verdienst, die Debatte nicht nur erneut angestoßen, sondern erweitert und mit belastbaren Zahlen und Daten unterlegt zu haben, kommt dem österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) zu, in dem Stephan Schulmeister, Margit Schratzenstaller und Oliver Picek im April 2008 die grundlegende Studie zum Thema erarbeitet haben (für eine Zusammenfassung durch Stephan Schulmeister, die bei einiger Anstrengung auch für „interessierte Laien“ verständlich ist, siehe „Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung“, Hintergrund, Dezember 2009). Die Studie bildete den Ausgangspunkt für weitere Überlegungen, so auf dem „European Workshop on the Financial Transaction Tax (FTT)“ am 9. Dez. 2009 in Köln. Im Austausch und in der Aussprache mit Stephan Schulmeister, den Professoren Rodney Schmidt vom Canadian North-South-Institute, Ottawa und Lieven Denys von der Freien Universität Brüssel sowie etwa 25 weiteren Experten und Interessierten zeigten sich zwar Nuancen in der Einschätzung von Details, aber eine grundlegende Übereinstimmung in den wesentlichen Inhalten, in der Notwendigkeit und Machbarkeit der Einführung einer FTT sowie in der Art der Umsetzung.

Aufgaben

Die FTT hat zwei wesentliche Aufgaben: Sie soll zum einen zur Stabilisierung der Finanzmärkte führen und deren erneute Überhitzung verhindern; zum anderen soll sie Einnahmen generieren, die dringend gebraucht werden zur Erreichung der versprochenen (ODA)-Mittel für die Entwicklungsfinanzierung und für die Erfüllung der Zusagen zur Übernahme der „Klimakosten“, also der Kosten im Kampf gegen die Klimaerwärmung und bei der Eindämmung der Schäden durch den nicht mehr vermeidbaren Klimawandel.

In jüngerer Zeit werden aber auch immer mehr Forderungen laut, die Einnahmen zum Teil zum Ausgleich der hohen Budgetdefizite in den Industrieländern zu verwenden und außerdem für dringend benötigte, bisher kaum finanzierbare Investitionen in Industrie- wie Entwicklungsländern.

Die Stabilisierung

Schon 1978, zur Zeit der Forderung nach der „Tobin-Tax“ waren spekulative Finanztransfers erheblich höher als solche, die mit Bewegungen in der Realwirtschaft verknüpft waren. Bei Ausbruch der Krise waren sie mehr als 70mal so hoch wie das gesamte weltweite Bruttoinlandsprodukt. Die resultierende völlige Überhitzung der Finanzmärkte, die zur Krise führte, hat sich abgekühlt, ist aber inzwischen wieder steigend. Die FTT kann und wird die rein virtuellen (d.h. ohne Bezug zur Realwirtschaft) Transaktionen nach den Berechnungen des WIFO je nach Steuersatz um 10 bis 90% einschränken - bei einem Satz von 0,05% um etwa die Hälfte.

Die Erträge

Das WIFO hat zur Ermittlung der Erträge drei Musterrechnungen durchgeführt, für eine sehr niedrige Steuer von 0,01% (oder 1/10 Promille), 0,05% und für 0,1%, also ein Promille, und die Ergebnisse ins



Verhältnis zum Welt BIP gesetzt. Darauf basierende Schätzungen ergäben - bliebe es bei der Höhe der heutigen Transaktionen - bei einer FTT von 0,05% ca. 400, bei einer zu erwartenden Reduzierung der Transaktionen um die Hälfte immer noch 200 Mrd. (MILLIARDEN!) \$ pro Jahr. Das wäre fast doppelt so viel wie die Summe der zur Zeit aufgebrauchten ODA-Leistungen, also der Mittel zur Unterstützung der Entwicklungs- durch die Industrieländer (2008: um 120 Mrd. \$).

Die Verwendung

Es ist jedoch keineswegs sicher, dass die FTT-Erträge, so wie ursprünglich vorgesehen, ausschließlich (oder auch nur überwiegend) für die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer und der Klimakosten zur Verfügung stehen werden. Es muss daran erinnert werden, dass von der nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 viel beschworenen „Abrüstungsdividende“ für die Entwicklungsfinanzierung kein Pfennig abfiel. Und in Deutschland gingen von den 3 Milliarden DM aus der Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuer zur Terrorismusbekämpfung nach dem 11. September 2001 50% in den Verteidigungs-, 43% in den Innen- und nur 7% in den Entwicklungshaushalt. Hohe neue Einnahmequellen wecken ganz allgemein Begehrlichkeiten bei Finanzministern und Haushältern. Vorsicht ist deshalb auch bei den erwarteten Einnahmen aus der FTT geboten.

Die Umsetzung

Idealerweise sollte eine FTT gleichzeitig weltweit für alle Transaktionen eingeführt werden. Dies zu fordern, wäre wahrscheinlich das schnelle Ende der Überlegungen zu ihrer Einführung. Deshalb formuliert Schulmeister realistischer: „Eine generelle und weltweite Besteuerung von Finanztransaktionen kann nur der Abschluss eines Umsetzungsprozesses in mehreren Etappen sein. In einer ersten Etappe sollten zunächst die Spot- und Derivattransaktionen an Börsen in der EU erfasst werden.“ Da 99% dieser Transaktionen an den Börsen in London und Frankfurt durchgeführt werden, sei die Einführung schon mit der Teilnahme von Deutschland und Großbritannien möglich. Die Einbeziehung der anderen Finanztransaktionen und die globale Erweiterung könnten später erfolgen. Die Einzelheiten sind wohl noch weiter zu klären, aber dass die Einführung nur in der EU ohne Schaden für Europa möglich wäre, ist in den WIFO-Studien klar nachgewiesen worden.

Zwei Anträge im Bundestag auf guter Grundlage

Wir sind in der glücklichen Lage, dass die obigen Ausführungen nicht nur eine Auseinandersetzung mit dem Thema im vopolitischen akademischen Raum darstellen, sondern dass sie die - auch ausgiebig zitierte - Grundlage bilden für zwei Anträge, die im Bundestag am 29. Januar 2010 in erster Lesung gemeinsam behandelt und dann in die Ausschüsse (federführend Finanzausschuss) überwiesen wurden (Antrag DIE LINKE, Drucksache 17/518; Antrag SPD, Drucksache 17/527).

Chancen zur Annahme?

In der Debatte wurde deutlich, dass neben den Antragstellern auch die Grünen die Einführung einer FTT grundsätzlich begrüßen. Aber das reicht nicht für eine Mehrheit in den Ausschüssen und in der 2. und 3. Lesung. Die FDP ist strikt dagegen: „Keine neuen Steuern“. Ein Umdenken ist hier nicht zu erwarten. Ähnliche Stimmen gab es auch von Unionsabgeordneten.

Erheblich ruhiger und vernunftgeleiteter argumentierten die Haushälter in der CDU/CSU Fraktion. Eine grundsätzlich positive Einstellung zu einer FTT war herauszuhören (Haushälter mögen zusätzliche Einnahmen). Allerdings betonten sie mehrmals, eine FTT sei nur möglich, wenn sie von vornherein global eingeführt werde. Und weil das nicht zu erwarten sei, sprachen sie sich dagegen aus. Andere meinten, Kleinanleger würden zu stark belastet. Dieses Argument ließe sich bei genauerer Befassung mit dem Thema leicht ausräumen (Einmalige Belastung bei Anlage von 1000 € bei einem Satz von 0,1%, also im Höchstfall: 1 €, bei 0,01% nur 10 Cent).



Es gäbe bei rein ergebnisorientierter Diskussion in den Ausschüssen also durchaus eine Chance, für einen überarbeiteten Entwurf eine Mehrheit zu finden, wäre da nicht die Regierungskoalition, die im Normalfall gemeinsam für oder gegen einen Entwurf stimmt. Wer wird umdenken und sich damit durchsetzen, die Haushälter (auch regional, also auch „nur in EU“ möglich), oder die denkblockierten Steuerfundamentalisten in der FDP?

Einige Hoffnungen könnte man auf das CDU-Mitglied setzen, das sich im Einklang mit Gordon Brown und Nicolas Sarkozy mehrfach öffentlich für eine FTT ausgesprochen hat: die Kanzlerin. Sie könnte sich aus Einsicht oder europapolitischen Erwägungen für eine gemeinsame übernationale Zustimmung entscheiden. Allerdings wächst die Gefahr, dass sich die Forderung nach einer bei den Boni beginnenden stärkeren Besteuerung der Banken zu einer gefährlichen Alternative - statt Ergänzung - zur FTT entwickeln könnte.

Umgedacht --> - Umgesteuert --> FTT eingeführt !

Eine erneute Krise würde sehr viel unwahrscheinlicher - und die „Welt da unten“ erhielte eine Chance.